

Statement zur aktuellen Versorgungslage psychisch kranker Menschen

Wir möchten an dieser Stelle auf die teilweise problematische Lage bei der Versorgung psychisch kranker Menschen aufmerksam machen, die leider aus der öffentlichen Wahrnehmung gerutscht sind.

Binnen weniger Tage wurden viele professionelle Hilfsangebote für psychisch erkrankte Menschen komplett eingestellt – sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich.

Zu den aktuellen Problemen gehören:

- Schließung von Kontakt- und Beratungsstellen sowie Werkstätten.
- ersatzloser Ausfall von strukturierenden Freizeitangeboten, Unterstützungskursen, vielen Therapiestunden
- Selbsthilfegruppen können nicht zusammenkommen.
- ersatzlose Schließung zahlreicher psychiatrischer Stationen, Tageskliniken und Psychosomatischer Kliniken
- viele Patienten wurden „notentlassen“ – ohne dass es für sie adäquate ambulante Versorgungsstrukturen gibt.
- Kontakte zu Therapeuten, Ärzten und Pflegern sind oft nur noch per Telefon oder Mail möglich, was für psychisch kranke Patienten mit großen Problemen verbunden ist.
- teilweise gibt es keine Neuaufnahmen von Patienten mehr
- Patienten, die in den Kliniken verblieben sind, leiden unter Isolation und unter Ausgangssperren – obwohl sie zumeist keiner somatischen Risikogruppe angehören.
- in vielen psychiatrischen Stationen gibt es keine angemessenen und geschützten Freigangbereiche

Dies alles verstärkt die Ängste und Verunsicherungen dieser Menschen in unverantwortlichem Maß. Für Menschen mit psychischen Erkrankungen, vor allem, wenn sie zudem noch kognitiv beeinträchtigt sind, ist dies höchst beunruhigend.

Viele der Patienten leiden unter verschiedenen starken Formen der sozialen Phobie (meist als Begleiterscheinung der bestehenden Haupterkrankung). Diesen Phobien und den damit verbundenen Vereinsamungstendenzen wird unter den bestehenden Bedingungen ein idealer Nährboden bereitet. Es ist zu befürchten, dass sich die psychische Erkrankung überproportional verstärkt.

Wie sich dies konkret anfühlt, schilderte uns eine traumatisierte Patientin, die Probleme mit Panikzuständen, Vereinsamung und telefonischen Kontakten hat:

„Ich fühle mich gerade mit meinen Sorgen und Nöten ziemlich allein gelassen, da die Therapeutin mir nur in einer Mail mitgeteilt hat, dass der nächste Kontakt erst nach Aufhebung der Ausgangssperre möglich ist. Keine Nachfrage, wie es mir geht und keine Information, wie ich diese Zeit überbrücken kann. Sie hat es mir nur mitgeteilt und mir eine gute Zeit gewünscht. Keine Möglichkeit für Austausch per Mail, oder eben Anruf. Auf einmal ist scheinbar das Interesse an meiner Person verloren gegangen und auch die Beziehung. Alles was ich mir mühsam aufgebaut habe, droht zu zerbrechen. Mir fehlen so sehr die sozialen Kontakte. Ich bin in meiner gefühlten Einsamkeit nun noch einsamer.“

Falls sich eine psychische Krisensituation zuspitzt, ist zu befürchten, dass es einigen Patienten nicht gelingen wird, sich rechtzeitig und adäquat die notwendige, angemessene und unter Umständen lebensrettende Hilfe zu holen.

Die Stiftung Deutsche Depressionshilfe wies bereits darauf hin, dass zu befürchten ist, dass bei der eingeschränkten Versorgung depressiver Menschen die Suizidrate ansteigen könnte. (siehe ARD Morgenmagazin; 2.4.2020)

Die nun entstandene Situation erfüllt uns mit großer Sorge.

Wir wissen, dass viele Mitarbeiter der psychiatrischen Versorgung sich große Sorgen um ihre Patienten machen und sich nach besten Kräften entsprechend der verbliebenen Möglichkeiten weiter für sie einsetzen. Auch sie verdienen unsere höchste Achtung, Respekt und Dank. Unser Dank gilt auch allen niedergelassenen Psychotherapeuten, Psychologen und Psychiatern, die derzeit unter erschwerten Bedingungen weiter für uns da sind.

Uns als Betroffenenverband ist bewusst, dass auch sie am Limit arbeiten.

Hier sehen wir die ungeschönten Folgen einer Gesundheitspolitik, die gerade in der psychiatrischen Versorgung seit Jahren massiv auf Sparzwang und Leistungseinschränkungen anstatt auf gute und moderne Behandlung setzt.

Trotz allen Verständnisses für die Verunsicherung in der aktuellen Situation und dem Bemühen um die Fokussierung auf Corona-Patienten, halten wir bestimmte Entscheidungen für nicht angemessen und teilweise auch für fahrlässig – vor allem was die Komplettschließung von Stationen oder Kliniken betrifft.

Sowohl in der Allgemeinverfügung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt vom 22. März 2020, Az.15-5422/10 (Vollzug des Infektionsschutzgesetzes. Maßnahmen anlässlich der Corona-Pandemie – Ausgangsbeschränkungen) als auch in der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Schutz vor dem Coronavirus SARS-CoV-2 und COVID-19 vom 31.3.2020 wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass **alle** medizinischen Versorgungsleistungen weiter durchgeführt werden dürfen. Dementsprechend blieben medizinischen Angebote bis hin zur Praxis von Heilpraktikern und viele physio- und ergotherapeutischen Leistungen, die naturbedingt mit direktem Körperkontakt einhergehen, bestehen.

Diese sind aber wesentlich gefährlicher bei der Übertragung von Viren, als eine psychotherapeutische Behandlung, bei der ein Abstand von 2 Metern problemlos eingehalten werden kann.

Zu befürchten ist, dass sich ihr Zustand angesichts der allgemeinen Krisensituation weiter verschlechtert.

Die Bewältigung der häuslichen Anforderungen wird ihnen unter diesen Umständen und mangels Einbindung in ambulante und stationäre Unterstützungsstrukturen zusätzlich erschwert.

Psychiatrie – welche Außenwahrnehmung gibt es?

Wir wissen, dass das Bild der Psychiatrie als medizinisch notwendiger Versorgung neu und äußerst fragil ist. Das zeigte sich sofort in dem Moment, als seitens der Sächsischen Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Petra Köpping, am 10.4.2020 verkündet wurde, dass „Quarantäneverweigerer“ in 4 psychiatrischen Kliniken untergebracht werden sollen. Die dabei verwendeten Begriffe „Wegsperren“, „Zwang“ und „harte Maßnahme“ wurden in der Öffentlichkeit sofort mit einem alten Psychiatriebild assoziiert, das leider noch immer sehr präsent ist. Insofern war diese Idee selbst einerseits hochgradig unsensibel – zeigt aber auch überdeutlich, welche stigmatisierende Außenwahrnehmung von Psychiatrie weiterhin existiert. Diese Art von Öffentlichkeit erschwert es psychisch kranken Menschen nun noch mehr, sich Hilfe innerhalb des psychiatrischen Versorgungssystems zu suchen.

Schlussfolgerung:

Wir halten es für sinnvoll, so schnell als möglich im trialogischen Austausch für ähnliche Krisenfälle einen Notfallplan zu erarbeiten, der künftig eine adäquatere Versorgung psychisch kranker Menschen sicherstellt und gemeinsame Ressourcen verbindet.

Wir wünschen uns von den Medien mehr aufklärende Informationen über psychische Erkrankungen und Versorgungsstrukturen.

Dazu gehört es für uns auch, auf Probleme hinzuweisen, um Verbesserungen für alle Seiten zu erreichen.

Wir als Betroffenenverband sind gern bereit, uns dabei unterstützend einzubringen.

Dresden, den 15.4.2020



Petra Schöne
Vorsitzende EX-IN Sachsen e.V.
Tel.: 0173-34 89 903
mail: schoene@ex-in-sachsen.de



Heike Liebsch
stellv. Vorsitzende EX-IN Sachsen e.V.
Tel.: 01525-26 05 637
mail: liebsch@ex-in-sachsen.de



EX-IN Sachsen e.V.

Hoyerswerdaer Str. 21 | 01099 Dresden

Mail: info@EX-IN-Sachsen.de

Wir sind ein gemeinnützig tätiger Verein.

Vereinsregister: VR 11220 beim Amtsgericht Dresden

Steuernummer: 202/140/19923